

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

21.5.1930 (No. 118)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expeditoren:  
Karlsriederstr. 14  
Karl-Friedrich-  
Str. 14  
Karl-Friedrich-  
Str. 14

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
C. Amend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,45 RM. einschließlich Zustelgebühren. — Einschubnummern 10 Rpf., Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 24 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der die Kassenzahlung gilt und vorbehalten werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konturverfahren fällt der Fall die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Aufhebung, Währungsänderung, Betriebsänderung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Dienstleistungen, hat der Abonnent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksführer, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### ... und die badischen Bahnen

In Stuttgarter Tageszeitungen war dieser Tage u. a. gefordert:

„Der württembergische Staat solle dafür eintreten, daß die Reichsbahn sich verpflichtet, den Kaufpreis von 1 Million Goldmark für den Ankauf der Linie Reinfelden-Neuhäusern zum Ausbau des zweiten Gleises auf der Strecke Stuttgart-Leonberg zu verwenden, und dadurch den Vorortverkehr in dieser Richtung zu fördern. Weiter solle sich der Staat bereit erklären, zu einem Darlehen an die Reichsbahn in Höhe von 8,5 Millionen Reichsmark, um so die Finanzierung des elektrischen Ausbaues der Reichsbahnvorortstrecken nach Ehlingen und nach Ludwigsburg zu ermöglichen. Dieses Projekt sei technisch bereits vorbereitet. Die Wirtschaftlichkeit stehe fest. Es fehle nur noch an flüssigen Geldmitteln.  
Die Reichsbahn soll gehalten sein, die Elektrifizierung der Vorortlinie nach Ehlingen bis spätestens 1. Juli 1932 durchzuführen. Vorgesehen wäre eine Zugfolge von 18 bis 24 Minuten im starken Fahrplan, und es wird angestrebt, bei wachsendem Verkehr die Zugfolge auf 12 Minuten zu verdrängen. Die Gesamtfahrzeit zwischen Stuttgart und Ehlingen würde 14 Minuten betragen.  
Die Strecke nach Ludwigsburg soll bis spätestens 1. Juli 1933 elektrifiziert sein. Diese Vorortlinie wäre deshalb von großer Bedeutung, weil sie den geplanten, auch bereits genehmigten, aber aus Geldmangel noch nicht auszuführenden Bau der Straßenbahn Feuerbach-Ludwigsburg überflüssig machen würde.  
Wichtig sei, daß auf diese Weise die Reichsbahn in die Lage gesetzt wäre, den Ausbau der zweigleisigen Vorortstrecken nach Ludwigsburg und Ehlingen in bedeutend rascherem Tempo durchzuführen, als bisher geplant war. Die Reichsbahn ihrerseits würde in den genannten Zeiträumen außer dem Darlehen in Höhe von 8,5 Millionen noch eine Summe von 6 Millionen Reichsmark aufzuwenden haben.“

Dieser Vorgang berechtigt nur zur Aufwerfung der Frage, wie es mit dem älteren Projekt für die Elektrifizierung der badischen Linien, insbesondere der Strecke (Frankfurt)–Weinheim–Karlsruhe–Basel steht, und was heute dafür spricht, daß diese endlich in Angriff genommen wird. Ihre Wirtschaftlichkeit stand und steht außer Zweifel. Preiswerte Wasserkräfte für den elektrischen Fahrbetrieb waren bereitgestellt und der Reichsbahn vom Badenwerk auch 100 Millionen Schweizer Franken zur Durchführung des Projektes angeboten. Dagegen konnte lediglich angeführt werden, daß damals eine größere Zahl von Dampflokomotiven unbemittelt gewesen sei, und man diesen Bark durch Anschaffung von elektrischen Lokomotiven nicht noch erhöhen könne.  
Zu diesem Hinderungsgrund darf aber heute gesagt werden, daß die Anschaffung von elektrischen Lokomotiven wohl nicht zu sehr zu der befürchteten Vergrößerung des unbefähigten Lokomotivparks geführt haben würde, da inzwischen von der Reichsbahn immer wieder neue Dampflokomotiven in Auftrag gegeben werden mußten.  
Ganz abgesehen hiervon fragt es sich aber, ob heute nicht ganz andere, und zwar zwingendere Gründe für eine sofortige Durchführung des Projektes sprechen. Die derzeitige trostlose Lage des Arbeitsmarktes ist bekannt. Generaldirektor Dr. Wölgel erklärte neulich in der R.-W.-E.-Vollversammlung, trotz gleichbleibendem Export seien in den letzten Monaten die Produktion von Rohle und Eisen, dem untrüglichen Barometer der deutschen Wirtschaft, stark zurückgegangen, woraus ersichtlich sei, daß die Ursache der Arbeitslosigkeit erst in zweiter Linie in der allgemeinen Weltkrise zu suchen, der deutsche Binnenmarkt vielmehr in erschreckendem Maße im Absterben begriffen sei.  
Diese Tatsache wird ja nun immer mehr erkannt; das Osthilfeprogramm sowie die neuesten Beschlüsse des Reichskabinetts, alle Mittel zur Hebung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen, beweisen dies.  
Nun ist die Durchführung keines Projektes so geeignet, wie die Elektrifizierung von Bahnlagen, rasch eine fühlbare Erleichterung dem Arbeitsmarkt zu bringen. Es werden Eisen und Zement in großen Mengen benötigt; zahlreiche gelernte und ungelernte Arbeiter finden in den Werkstätten und auf der Strecke Beschäftigung. Der zweite Ausbau des Schlusshwerkes und der Ausbau eines weiteren, und zwar des letzten Oberrheinkraftwerkes, würden parallel mit den Ausrüstungsarbeiten auf den Bahnstrecken gehen.  
Es sollte bei der heutigen flüssigen Geldmarktlage wirklich nicht schwer fallen, der Reichsbahn unternehmungsanregende Hilfe zuteil werden zu lassen. Es ist beispielsweise nicht einzusehen, warum das Reich nicht von den vielen Milliarden, die es jährlich für die zwangsweise Feiernden, und zwar als verloren ausgibt, einen verhält-

### Letzte Nachrichten

#### Die Räumung der Pfalz

#### Die Franzosen feiern Abschied — Keine Truppenübungen mehr

WZ. Landau, 21. Mai (Priv.-Tel.) Seit Inkrafttreten des Räumungsbefehles macht sich in den französischen Garnisonen die bevorstehende Räumung lebhaft bemerkbar. Die Landauer Besatzung hat die städtische Festhalle zu einer Abschiedsfeier verlangt, und in den besetzten Schulen werden kleinere Feiern abgehalten.  
Der französische Brigadegeneral Blanchard, der stellvertretende Chef der Besatzungstruppen, der bekanntlich anfangs Mai mit dem besonderen Auftrag der Auflösung der französischen Rheinarmee entsandt wurde, ist in der Pfalz angekommen und besucht die französischen Garnisonen. Seine Anwesenheit hängt natürlich mit der Räumung zusammen. In den Kasernen in Landau und anderen pfälzischen Orten kann man eifriges Baden und Materialverladen auf Autotrainkolonnen beobachten. Die Truppen rücken nicht mehr zum Ergreifen aus, sie sind durch die Verpackungsarbeiten in den Kasernen festgehalten. Zahlreiche französische Offiziersfamilien sind bereits nach Frankreich abgereist. Ende der Woche wird der noch verbleibende größere Teil der Familienangehörigen durch Ertzläge abtransportiert werden.  
Über die Art des Abmarsches der französischen Truppen sind Einzelheiten noch nicht zu erfahren. Besatzungskreise lassen durchblicken, daß der Abzug „im Stillen“ erfolgen soll. In Landau selbst werden den deutschen Behörden täglich Besatzungswohnungen zurückgegeben. Eine Kommission der Feststellungsbehörde für Besatzungsschäden weißt bei der Übergabe von Gebäuden an Ort und Stelle, um die Ersatzansprüche festzustellen und mit den Eigentümern über die Höhe der Entschädigung sofort zu verhandeln.  
Das Militärgericht hat seine Tätigkeit noch nicht eingestellt, sondern eine neuerliche Verhandlung gegen einen Deutschen angeleitet.

#### Danzig an den Völkerbund

#### Die Konkurrenz Danzig-Gdingen

WZ. Danzig, 21. Mai. (Tel.) Im Hauptauschuh des Danziger Volkstages berichtete der Präsident des Senates, Dr. Sahm, heute über einen Antrag auf Entscheidung des hohen Kommissars des Völkerbundes in der Frage der vollen Ausnutzung des Danziger Hafens für den polnischen Außenhandel und die Beförderung der Konkurrenz Gdingen.  
Der Präsident führte etwa folgendes aus: Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Freien Stadt Danzig befinden sich im Stadium einer sehr ernstlichen Wirtschaftskrise. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß Polen zwar in Versailles die Loslösung Danzigs vom Reich unter der Begründung durchsetzte, daß es der vollen Ausnutzung des Danziger Hafens als seines einzigen Zuganges zum Meere bedürfe, andererseits Polen aber inzwischen gleichwohl das frühere Fischerdorf Gdingen zu einem eigenen, modern ausgerichteten Hafen ausgebaut hat, bei dem es unter äußerster Anwendung aller staatlichen Mittel die Danziger Hafenverkehre ablehnt.  
Die wirtschaftliche Notlage hat die Regierung der Freien Stadt Danzig gezwungen, einen dringenden Appell an den hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig zu richten und ihn darum zu ersuchen, eine Entscheidung zu treffen, daß die polnische Regierung ihren Verpflichtungen, den Danziger Hafen voll auszunutzen, Genüge zu tun hat und infolgedessen alle erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs und der Entwicklung des Hafens und der Schiffsfahrtswege zu Wasser und zu Lande zu ergreifen, sowie die künstliche Forderung des Waren- und Personenverkehrs anderer Häfen und ihre künstliche Begünstigung durch staatliche Erleichterungen und Zuwendungen aller Art auf Kosten Danzigs zu unterlassen hat. Danzig erhielt nur in seiner Eigenschaft als Wirtschaftshafen für das polnische Hinterland seine neue staatsrechtliche Stellung, so daß es rechtswidrig ist, wenn Polen jetzt, anstatt diesen Hafen auszunutzen, ihn systematisch wirtschaftlich abschnürt.

#### Graf Zeppelin über den Kanarischen Inseln

WZ. Friedrichshafen, 21. Mai. (Tel.) Beim Luftschiffbau Friedrichshafen ist folgender Funkpruch des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ eingegangen: 5 Uhr Teneriffa-Deutchenfeuer gesichtet. Ostküste passiert.

nismäßig bescheidenen Teil der Reichsbahn à fonds perdu zuweisen kann, um der Bahn die sofortige Inangriffnahme der dann bestimmt dauernd sehr wirtschaftlichen Umstellung des Dampfahrbetriebes auf den elektrischen schmackhaft zu machen und damit zahlreiche Beschäftigungslose wieder an die Arbeit zu bringen. Die Reichsbahn selbst dürfte eine solche Belebung des Arbeitsmarktes nur begrüßen, denn ein nicht geringer Teil der Kosten für die Elektrifizierung fließen ihr letzten Endes als Beförderungseinnahmen zu.  
Die benachbarte Schweiz hat sich bekanntlich mit der Bahnlektrifizierung in volkswirtschaftlich hervorragender Weise über eine Periode großer Arbeitslosigkeit hinweggeholfen.  
Dr. Selmler.

### \* Briands Paneuropa und die Sicherheitspolitik

I.  
Wenn es in Deutschland Menschen gab oder gibt, die von Herrn Briand angenommen haben, daß er in irgendeinem Winkel seines Herzens ein besonders freundliches Verständnis für Deutschland besitzt und deshalb einer der Väter der sogenannten Locarnopolitik geworden ist, dann befinden sie sich in einem vollkommenen Irrtum. Briand ist immer französischer und nur französischer Politiker gewesen. Es waren immer nur die Interessen seines Landes, die ihm als Leitstern seiner Politik vorschwebten. Und wenn er die Locarnopolitik inaugurierte, dann geschah es nur deshalb, weil er sich sagte, daß sie für Frankreich gut und nützlich sei.

Für Briand erschöpft sich die gesamte französische Außenpolitik in dem Begriff der Sicherung des Erworbenen und Errungenen. Vom Tage des Waffenstillstandes an hat es in Frankreich zwei Richtungen gegeben, die beide in diesem einen Ziel sich durchaus einig sind, aber in der methodischen Verfolgung dieses Ziels entgegengelegte Anschauungen vertreten. Die eine Auffassung geht dahin, daß Frankreich unter weiterer brutaler Ausnutzung seiner Macht alles tun müsse, um Deutschland geknebelt am Boden zu halten und ihm die Möglichkeit einer Wiederaufrichtung überhaupt abzuschneiden. Dieser Richtung gehört heute noch alles an, was sich in Frankreich nationalisiert nennt. Die andere Auffassung geht von der Einsicht aus, daß eine derartige Politik der Brutalisierung bestimmt zu neuen Kriegen führen müsse, und zwar zu Kriegen, bei denen die Machtverteilung unter Umständen von vornherein für Frankreich sehr ungünstig sein könnte. Diese Richtung will mit den feineren Mitteln der Politik und der Diplomatie das Errungene befestigen.

Die Vertreter dieser Richtung wandeln etwa in den Spuren eines Bismarck, der nach dem siegreichen Ende des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 seine ganze Politik in den Dienst friedlicher Magimen stellte und sich von klugen Aktionen der Mäßigung und wohlüberlegten Bündnissen mehr ver sprach als von einer Politik machtvollen Auftrumpfens.  
Jeder wirkliche Sieg muß schließlich auch den Reich solcher Bundesgenossen herbeirufen, denen die Friedensverträge nicht so dicke Früchte in den Schoß geworfen haben. Bismarck rechnete nach 1871 ohne weiteres mit dem Reich, den ein immer mächtiger werdendes Deutschland in ganz Europa erregen mußte. Und danach richtete er seine Politik ein. Wäre diese Politik mit den glänzenden Mitteln einer genialen Diplomatie, wie sie Bismarck zur Verfügung standen, weitergetrieben worden, so hätten wir den Weltkrieg höchstwahrscheinlich nicht oder unter ganz andern Voraussetzungen militärischer Machtverteilung erlebt. Nur, weil diese Politik nicht mit der Geschicklichkeit ihres Begründers fortgesetzt werden konnte, hat das Urteil der deutschen Militärs von 1870/71 Recht behalten, welches in dem Worte Moltkes gipfelte, daß Deutschland 50 Jahre später den in Frankreich errungenen Sieg noch einmal mit der Waffe in der Hand verteidigen müsse. Es hat nicht ganz 50 Jahre gedauert, aber im wesentlichen ist Moltkes Prophezeie eingetroffen: wir haben 43 Jahre später Elsaß-Lothringen gegen Frankreich verteidigen müssen und — haben diesen Krieg verloren. Wir haben ihn verloren, weil es unferer Politik nicht gelungen war, das gegen uns gerichtete Bündnis aller jener Mächte zu verhindern, die aus diesen oder jenen Gründen an der Niederwerfung Deutschlands interessiert waren.

In einer ähnlichen Lage, wie Bismarck nach 1871, befindet sich die französische Staatskunst seit dem Ende des Weltkrieges. Immer mehr und mehr ist es den Franzosen, aber auch der übrigen Welt zum Bewußtsein gelangt, daß der eigentliche Sieger in dem großen Ringen der Jahre 1914 bis 1918, soweit Europa in Betracht kommt, Frankreich ist. Nordamerika und Frankreich sind die beiden Großmächte, denen der Hauptgewinn des Weltkrieges zugeflossen ist. Eine solche Erkenntnis muß bei denen, die nicht so glücklich waren, Enttäuschung, Ärger und Neid erzeugen. Und sehr richtig rechnet die Staatskunst eines Briand seitdem mit allen Möglichkeiten, die sich aus dieser Tatsache ergeben können. Andererseits ist Briand, in dem wir also das geistige Haupt der oben von uns geschilderten zweiten Richtung in

Frankreich zu erblicken haben, nicht im mindesten gewillt, durch irgendwelche freiwilligen Verzicht auf einen Teil des Ertragens jenen Arger aus der Welt zu schaffen. Auch er will unter allen Umständen den Besitz des Ertragens gesichert sehen und betreibt deshalb schon seit Jahren eine fein ausgearbeitete Politik, die diesem Ziele dient. Sicherheit! Das ist heute das Motto der gesamten französischen Außenpolitik unter Briands Leitung. Aber der Umfang dieser Sicherheitspolitik hat sich wesentlich vergrößert. Es ist heute nicht mehr bloß Deutschland, gegen welches man „gesichert“ sein will, sondern ebenso sehr, wenn nicht noch mehr Italien und England.

Man muß nicht glauben, daß man in Frankreich bei der Lesüre der schönen und herzbewegenden Bestimmungen des Völkerbundesstatuts, des Locarnovertrags und des Kellogg-Paktes einzig und allein an Deutschland denkt. Im Gegenteil! Man denkt dabei ebenso sehr an Italien und an England. Und die vorsichtigen französischen Staatsmänner sind klug genug, um sich zu sagen, daß die Periode außenpolitischer Unzulänglichkeiten, wie sie seit dem Tode Eduards VII. in England zu beobachten ist, nicht immer andauern wird.

Wir werden morgen auf diese Zusammenhänge noch zu sprechen kommen, um ganz klar die Motive erkennen zu lassen, die zur Überwindung des Briandschen Vorworts einer europäischen Union geführt haben.

### Die Etatsberatungen im Reichstag

#### Annahme des Verkehrs- und Justizetats

Im Reichstag wurde am Dienstag die zweite Beratung des Verkehrs- und Justizetats zu Ende geführt. Reichsverkehrsminister v. Guérard nahm noch einmal das Wort, um darauf hinzuweisen, daß die Ausgaben für den deutschen Luftverkehr sehr gering seien im Verhältnis zu den übrigen Ländern. Während in Frankreich auf den Kopf der Bevölkerung 8,30 Reichsmark, in England 7,70 Reichsmark an Ausgaben für den Luftverkehr kommen, beträgt in Deutschland der Satz nur 0,78 Reichsmark. Der Minister erklärte weiter, daß das Reichsverkehrsministerium an der in diesem Jahre in Berlin stattfindenden Weltverkehrskonferenz regen Anteil nehmen werde.

Der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums wurde nach langer Debatte mit geringfügigen Änderungen angenommen. Angenommen wurden auch Anträge des Verkehrsausschusses, in denen eine Gleichstellung der Kleinstraßen mit den Kraftfahrzeugen im Kraftfahrzeugverkehrsgesetz und die Befreiung der Kraftfahrzeuge an der Unterelbe verlangt wird. Weiter wurde ein deutsch-nationaler Antrag angenommen, der Fahrpreisermäßigungen für den Besuch von Gräbern durch Angehörige der Gefallenen verlangt, sowie eine kommunistische Entschließung, die sich gegen die Gütertariferhöhung bei der Reichsbahn wendet.

Die am Samstag zurückgestellten Abstimmungen zum Reichsjustizetat wurden dann nachgeholt, mit dem Ergebnis, daß der Haushalt unverändert bewilligt wurde. Das von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum gegen den Reichsjustizminister Dr. Bredt wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Am heutigen Mittwoch um 3 Uhr soll der Wehretat zur zweiten Beratung kommen.

#### Die deutsche Werkbundaustellung in Paris

Paris, 21. Mai. (Tel.) Gestern abend wurde die französische Ausstellung für Raumkunst eröffnet. Ihren wesentlichen Bestandteil bildet in diesem Jahre die deutsche Ausstellung des Werkbundes unter Leitung von Prof. Grosius. Die offiziellen Persönlichkeiten nahmen unter Führung des deutschen Botschafters v. Götz eine eingehende Besichtigung der deutschen Abteilung vor. Es macht sich ein großes Interesse für die deutsche Ausstellung bemerkbar, der der „Temps“ gestern abend eine zustimmende Besprechung widmete. Der deutsche Botschafter hatte die deutschen und die französischen ausstellenden Künstler zu einem Empfang in die deutsche Botschaft geladen, an dem etwa 300 Personen teilnahmen. Die Ausstellung bleibt bis zum 15. Juli für das Publikum geöffnet.

Der Reichsparteiausschuh der Deutschen Demokratischen Partei tritt am kommenden Sonntag in Halle zu einer Sitzung zusammen, in der die fünftägige politische Haltung der Partei festgelegt werden soll.

Das Karlsruher Handel-Fest im Rundfunk. Um weitesten Kreisen auch die Fernteilnahme am 4. Handel-Fest in Karlsruhe vom 31. Mai bis 1. Juni zu ermöglichen, wird der Festvortrag, den Universitätsprofessor Dr. S. Bessler, Heidelberg, am Samstag, den 31. Mai, 16 Uhr, im Bürgerhaale des Rathauses über „Handel in der Gegenwart“ hält, und ebenso das Kammerkonzert, das am Sonntag, dem 1. Juni, 11 1/2 Uhr, im Festsaal der Badischen Hochschule für Musik unter Leitung von Prof. Max Seiffert, Berlin, stattfindet, durch den Stuttgarter Sender übertragen werden.

Weiterführung des Babener Theaters mit Unterstützung der Stadt? Der Stadtrat B.-Baden hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Intendanten zu beauftragen, dem technischen Personal wegen der Auflösung der Städtischen Schauspiele auf 30. Juni d. J. zu kündigen. — Hierbei handelt es sich, wie dem „Karlsruher Tagbl.“ gemeldet wird, offenbar vorläufig nur um eine vorbeugende Maßnahme, denn mit dem Schauspielpersonal werden die Verhandlungen noch weitergeführt, welche dahin gehen, diesem die Weiterführung des Theaters in eigener Regie und unter eigener Verantwortung zu ermöglichen, und zwar mit finanzieller Unterstützung der Stadt.

Die Faust-Spiele in Staufsen. Unter starker Beteiligung der einheimischen Bevölkerung und eines großen Kreises geladener Gäste fand Sonntag abend in dem altgeschichtlichen Dreisgautischen Staufsen die Aufführung des Freilichtspiels vom Tode Dr. Faustens statt. Der Verfasser des drei Bilder umfassenden Stüdes ist der Staufener Redakteur Hermann Nisch, der auf Grund eingehenden Quellenstudiums in Staufsen, das bekanntlich der Sterbort des historischen Dr. Faust ist, ein Volksschauspiel ganz besonderer Art geschaffen hat, das eine künstlerische Bewertung beansprucht. Das Stück schildert das absonderliche Sterben Dr. Faustens. Die Aufführung unter der Leitung von Harry Schäfer war recht gut. Staufsens Bürgergesellschaft hatte sich alle Mühe gegeben, um sich in das Jahr 1539 zurückzuversetzen. Die einzelnen Darsteller, so besonders der des Faust, boten recht beachtliche Leistungen. Da Verfasser und Regisseur geschickt alle Klippen einer billigen Theatralität vermieden hatten, hinterließ das Stück, das auf dem Marktplatz an der Tordrücke des Schwarzkünftlers aufgeführt wurde, einen starken Eindruck.

### Die Räumung

#### Der Rücktransport der Besatzungstruppen

D. B. Mainz, 21. Mai. Über den Rücktransport der Besatzungstruppen der dritten Zone stehen Einzelheiten zur Zeit noch nicht fest, jedoch ist die Anweisung ergangen, daß die kleineren Städte zuerst geräumt werden sollen. So werden die Städte der Pfalz, Garnisonen an der Mosel und an der Nahe zuerst von den Besatzungstruppen frei sein. Wiesbaden und Mainz behalten am längsten die französische Besatzung. In Mainz wird bis zum 30. Juni ein Kommando bleiben, das zu einer noch festzustehenden Stunde die französische Tricolore einholt und mit diesem Einholen das Ende der Besatzung in der gesamten dritten Zone verkündet.

Bisher wurden etwa 20 000 Mann zurückgezogen, da sich die Besatzungsarmee schon seit längerer Zeit auf den im Mai zu erwartenden Räumungsbefehl einrichtete. Größere Schwierigkeiten werden sich ergeben bei der Übergabe des beschlagnahmten Eigentums. Die Festsetzung und Abschätzung der Schäden wird die meisten Schwierigkeiten machen. Von den deutschen Behörden wird die Forderung aufgestellt, daß die Übergabearbeit bis zum 1. Juli beendet sein soll.

Über die Fortsetzung der Räumung wird gemeldet, daß die französische Besatzung von Bingen noch in den frühen Morgenstunden die Stadt verlassen hat. Der Abzug erfolgte vollkommen unbemerkt und ohne jede Formalität.

Die Ludwigshafener Besatzung wird am 28. Mai die Stadt verlassen.

Das Truppenlager Ludwigswinkel in der Südpfalz, in dem sich noch etwa 50 französische Soldaten befanden, wurde am Dienstag endgültig geräumt und der Reichsvermögensverwaltung übergeben. Schon in den nächsten Tagen soll die Veräußerung der reichseigenen Gebäulichkeiten beginnen. Für Donnerstag ist bereits Termin für eine Versteigerung zahlreicher Paraden, darunter auch der Kirche, angesetzt. Unter den Bewerbern befinden sich zahlreiche Turnvereine der Pfalz, die die Paraden zum Zwecke von Turnhallbauten verwenden wollen. Für die Kirche interessiert sich auch eine Kirchengemeinde aus dem Saargebiet.

#### Das Programm der Befreiungsfeier

Nach dem hummelt feststehenden Programm findet die große Befreiungsfeier in den besetzten Gebieten vom 19. bis 24. Juli statt. Sie beginnt in Gegenwart des Reichspräsidenten v. Hindenburg am 19. Juli in Speyer; von dort fährt der Reichspräsident mit einem Schiff nach Mainz, wo am 20. Juli in der Stadthalle eine feierliche Feier abgehalten wird. Am Abend des gleichen Tages findet eine Feier im Kurhaus in Wiesbaden statt. Von Wiesbaden begibt sich der Reichspräsident auf zwei Tage zum Reichsminister Freiherrn Langwerth von Simmern in dessen Schloß in Ettville und von da mit einem Schiff am 23. Juli nach Koblenz, wo eine Befreiungsfeier auf dem Ehrenbreitstein, ein Festakt in der Stadthalle und abends eine Beleuchtung der Festung Ehrenbreitstein vorgehen ist. Am 24. Juli wird eine Feier in Trier und in Aachen abgehalten, worauf sich Reichspräsident v. Hindenburg nach Berlin zurückbegibt.

#### Das Lübecker Kindersterben

##### Eine Erklärung Calmettes

Paris, 21. Mai. (Tel.) Prof. Calmette vom Institut Pasteur, der Entdecker des Tuberkuloseimpfstoffes BCG, gibt in „Matin“ eine Erklärung über die Vorgänge in Lübeck ab. „Das Institut Pasteur — so erklärt er u. a. — liefert den Impfstoff BCG in fertigem Zustande nur in Frankreich. Er darf nur in frischem Zustande benutzt werden. Das Institut Pasteur trägt also keine Verantwortung für die Lübecker Vorgänge. Seit mehreren Jahren gibt das Institut den ausländischen Laboratorien, die den Antrag stellen, BCG-Kulturen ab, und die betreffenden Laboratorien kultivieren den Impfstoff an Ort und Stelle. Das Laboratorium von Lübeck hat im Juli 1929 BCG-Kulturen erhalten, und am 26. März 1930 schrieb Dr. Alstedt uns, daß 50 Proz. der im Lübecker Staat geborenen Säuglinge ohne Zwischenfälle mit dem Impfstoff geimpft worden seien. Was ist also seitdem in Lübeck vorgegangen? Der im Institut Pasteur produzierte BCG-Impfstoff ist an dem Lübecker Unglück sicherlich unschuldig.“

Die Zahl der Todesopfer der Calmette-Fütterung in Lübeck hat sich auf 18 erhöht.

#### Lloyd Georges über Freihandel

##### und Briands Memorandum

Manchester, 21. Mai. (Tel.) In einer Rede auf einer Freihandelskundgebung sagte gestern abend Lloyd George: Ich erkläre in allem Ernst, daß es im Jahre 1914 keinen Krieg gegeben hätte, wenn nicht die Nationen Europas durch Zollschranken voneinander getrennt gewesen wären. Briand hat einen Plan für einen europäischen Bund aufgestellt. Es ist ein großer Plan, aber solange die Nationen Europas gegeneinander Tarife errichten, aufrechterhalten und vervielfachen, wird dieses Ideal eines europäischen Bundes ein Phantasma bleiben.

#### Die Unabhängigkeit Südafrikas

Kapstadt, 21. Mai. (Tel.) (Neuter.) Im südafrikanischen Unterhaus kam es gestern zu einer Debatte über die Frage des Rechtes Südafrikas, sich vom Britischen Reich zu trennen. General Smuts vertrat die Auffassung, daß Südafrika einen solchen Schritt nur mit voller und einstimmiger Billigung aller anderen Dominien und des britischen Parlaments tun könne. — Diese Ausführungen erregten bei den Nationalisten großes Mißfallen. Der Verteidigungsminister, Oberst Cresswell, erklärte, Südafrika habe das Recht der Sezession, wenn es auch nicht beabsichtige, davon Gebrauch zu machen. Premierminister General Hertzog sagte, er werde die Angelegenheit auf der nächsten britischen Reichskonferenz zur Sprache bringen.

#### Probefahrten von „R. 100“

London, 21. Mai. (Tel.) Das englische Luftschiff „R. 100“ wurde heute früh um 4 1/2 Uhr aus seiner Halle geholt. Es soll jetzt zur Vorbereitung der geplanten Reise nach Kanada eine Anzahl Probefahrten unternehmen.

Rücktritt des Polizeichefs von New York. Der Polizeichef von New York, Grover Whalen, tritt zurück. Er beabsichtigt wieder in die große Warenhausfirma Wanamater zurückzukehren. Er hatte seinerzeit bei Wanamater einen leitenden Posten inne, der ihm ein Jahresgehalt von 100 000 Dollars eintrug, hatte aber diese Stellung aufgegeben, um das Amt des Polizeichefs zu übernehmen, das nur mit 10 000 Dollars Jahresgehalt ausgestattet war.

### Dienstentlassung für Boeck

#### „Unwürdiges Verhalten in und außer Amt“

Im Disziplinarverfahren gegen den Berliner Oberbürgermeister Dr. Boeck wurde am Dienstag folgendes Urteil gefällt: „Der Angeklagte hat die Pflicht verletzt, die ihm sein Amt auferlegt, und sich durch sein Verhalten im Amt und außer dem Amt der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, das sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt. Er wird deshalb mit Dienstentlassung bestraft. Dem Angeklagten werden (trotzdem!) auf Lebenszeit zwei Drittel des ihm gesetzlich zustehenden Pensionsbetrages als Unterstützung gewährt. Die Barauslagen des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last.“

In der Begründung des Urteils wird betont, daß das Gericht in der Belästigung einen Vorgang sehe, der einem Oberbürgermeister, einem Beamten in exponierter Stellung, nicht hätte passieren dürfen. In der Frage der mangelnden Dienstaufsicht könne sich dagegen das Gericht der Anschuldigungsschrift nicht anschließen. Die Darlehensverträge zwischen den Brüdern Skarrel und der Stadtkasse sowie die mit diesem Komplex zusammenhängenden anderen Geschäfte seien nicht Sache des Oberbürgermeisters gewesen; dagegen hätte Oberbürgermeister Boeck von dem Zeitpunkt an, als er durch den verstorbenen Oberbürgermeister Schallbach, dem Leiter des Ansehensamtes, auf die Unregelmäßigkeiten aufmerksam gemacht worden sei, die erste Pflicht gehabt, energisch durchzugreifen. Wenn auch Oberbürgermeister Schallbach inzwischen verstorben sei, und heute nicht mehr zu seinen früheren Verbindungen stehen könne, glaube das Gericht dieser Aussage, da Schallbach endlich vernommen worden sei.

Nach der „N. Z. a. M.“ begründet das Disziplinargericht die Höhe der Strafe damit, daß Oberbürgermeister Boeck der erste Bürger der ersten Stadt Deutschlands war, was ihm ganz besondere Pflichten auferlegte, so daß seine Dienstverfehlungen auch ganz besonders ins Gewicht fielen. Ihn in seiner Stellung zu belassen, wäre nicht mehr möglich gewesen, da er das Vertrauen der Bürgerschaft verloren habe.

Gegen das Disziplinarurteil haben die beiden Verteidiger des Oberbürgermeisters Boeck heute Berufung eingelegt. Sie wenden sich gegen einzelne Schuldbestimmungen sowie gegen die Höhe der Strafe.

Es wird damit gerechnet, daß die Berufungsverhandlung vor dem Obergericht erst nach den Gerichtsferien stattfinden können. Als eine besondere Schwierigkeit wird es angesehen, daß Senatspräsident Glinker Vorsitzender des Disziplinarcollegiums für die Berliner Angelegenheiten ist. Im Zusammenhang mit seinem bekannten Brief in der Angelegenheit des früheren Innenministers Geisel an den Ministerpräsidenten Dr. Braun erwägt die Verteidigung Glinkers Ablehnung wegen Befolgung der Befehlsbefugnisse, weil er bereits öffentlich seine Stellungnahme zu den Berliner Vorgängen zum Ausdruck gebracht habe.

Abgesehen wird im Zusammenhang mit der Verhandlung gegen Boeck in parlamentarischen Kreisen der Gedanke erwogen, die Öffentlichkeit des Disziplinarverfahrens auch für Verhandlungen gegen Kommunalbeamte einzuführen.

Stadtrat Raß, gegen den in der Grundstücksaffäre das Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, ist jetzt förmlich von seinem Amt suspendiert worden.

#### Umbelegung der oberen Kommandostellen in Frankreich?

Paris, 21. Mai. (Tel.) Dem „Matin“ zufolge hatte Ministerpräsident Tardieu gestern mit Kriegsminister Maginot und Generalstabschef Weigand eine Konferenz. Die Unterredung soll sich um eine in den oberen Kommandostellen demnächst vorzunehmende Umbelegung gehandelt haben. Ausgangspunkt dieser Umbelegung sei die Berufung des gegenwärtigen Militärgouverneurs von Paris, General Sarrailh, auf einen anderen Posten.

#### Neue Verhaftungen in Indien

Bombay, 21. Mai. (Tel.) 300 unbewaffnete und 50 bewaffnete Polizisten umgingen heute früh das Hauptquartier des indischen Nationalkongresses. Sie drangen in den Kongreß ein und verhafteten das ganze Kongreßbüro, einschließlich des Präsidenten Nariman. — In Dharama wurde die Führerin der Gandhi-Bewegung, Frau Raib, verhaftet. Bei einer polizeilichen Razzia wurden dort hundert Freiwillige festgenommen.

#### Kleine Chronik

Im Niederrhein bei Steinbruch der Oberrheinischen Eisenindustrie (Hessen) ging, als die ganze Belegschaft noch im Bruch beschäftigt war, eine 45jährige Reihenprengladung los. Vier Arbeiter wurden verletzt. Die Ursache der vorzeitigen Explosion ist unbekannt. Die Sachverständigen stehen bis jetzt vor einem Rätsel.

In Mölsdorf bei Düren (Rheinland) erschloß ein Metzgergefelle ein 20jähriges Mädchen, das er seit längerer Zeit mit Liebesanträgen verfolgte. Dann erschloß er einen Monteur aus Berlin und tötete sich selbst.

Während eines Gewittersturms, der über dem Küstengebiet von Ravenna dahinzog, sind zwölf italienische Fischerboote gesunken. 15 Fischer fanden den Tod in den Wellen.

Auf dem Gute des Kronprinzen von Norwegen, Stobung, brach ein Brand aus. Die wertvollsten Bilder und Gemälde sind gerettet worden. Das Gebäude selbst ist vollkommen zerstört. Der Schaden beträgt etwa 600 000 Kronen.

Bei der Station Tjornnaja an der Eisenbahnlinie Moskauer-Kasan stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. 28 Personen wurden getötet, 29 schwer verletzt.

Durch einen Brand in Kataci (Ungarn) wurde fast das ganze Dorf eingeschert. Der Schaden wird auf etwa 1 1/2 Millionen Pengé geschätzt. Zwei Männer und eine Frau wurden unter dem Verdacht, das Feuer gelegt zu haben, verhaftet.

Nach einer Meldung aus Mexiko-Stadt wurden der Panbit Ortega und acht seiner Anhänger, darunter vier Frauen, nach einem mehrstündigen Gefecht mit Regierungstruppen bei Coacoman im Staate Michoacan getötet.

Wie aus Viernariburg (Ratal) gemeldet wird, ereignete sich in einem Kohlenbergwerk in Burnside am Dienstag eine Explosion, durch die ein Europäer und 50-100 Eingeborene von der Außenwelt abgeschnitten wurden. Die Rettungsarbeiten wurden unverzüglich aufgenommen. Man befürchtet, die Mehrzahl der Eingeborenen nicht mehr retten zu können.

Zu der Verschüttung des Dorfes Litaian in Mitteljava wird ergänzend gemeldet, daß es sich augenscheinlich nicht um einen Vulkanausbruch, sondern um einen Erdbeben handelt. Eine ungeheure Menge von Schlamm, die sich an den Hängen des Telemojgebirges angesammelt hatte, geriet plötzlich in Bewegung und stürzte lawinenartig in das Tal herab. 47 Personen wurden getötet.

## Aus den Ländern

### Der neue Konflikt mit Thüringen

In Haushaltsausschuss des Reichstags verlas am Dienstag Reichsminister Dr. Wirth dann den Brief, den er am 12. Mai in der Angelegenheit Frid an den Vorsitzenden des Thüringischen Staatsministeriums, Staatsminister Baum, gerichtet hat. Es heißt darin:

„Von Ihrer Mitteilung, daß sich das thüringische Gesamtministerium mit der Frage der Errichtung von Polizeidirektorenstellen noch nicht befähigt hat, habe ich mit Dank Kenntnis genommen. Ich hoffe und wünsche, daß es Ihnen möglich sein wird, die bevorstehende Beschlußfassung dahin zu beeinflussen, daß eine Wiederaufstellung der Meinungsverschiedenheiten, die ich durch unsere Aussprache als erledigt ansehen durfte, vermieden werden kann. Es ist Ihnen aus unserer Besprechung bekannt, welche Bedeutung für meinen Entschluß, die von meinem Herrn Amtsvorgänger verfügte Sperre der Polizeidirektorenstellen aufzuheben, Ihre Erklärung gehabt hat, daß seit der Ernennung des Herrn Ministers Dr. Frid nur solche Veränderungen in der thüringischen Landespolizei vorgenommen worden sind, die bereits vor seinem Amtsantritt in Aussicht genommen waren, daß insbesondere kein Rationalisierungsplan in die thüringische Landespolizei aufgenommen worden ist. Diese Tatsache ist für mich der entscheidende Grund meiner Stellungnahme gewesen.“

Wenn nun kurz nach Aufhebung der Sperre die thüringische Regierung einen Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei in eine leitende Stellung der Thüringer Polizei einberiefe, so würde dadurch eine völlig neue Situation geschaffen, die nicht pflichtmäßig veranlassen müßte, nachzuprüfen, ob ich bei meiner Stellungnahme hinsichtlich der Aufhebung der Sperre der Polizeidirektorenstellen noch weiter verbleiben kann. Was die grundsätzliche Frage anbetrifft, ob ein Rationalisierungsplan sein kann, so hat mein Ministerium unter meinen Amtsvorgängern ständig den Standpunkt vertreten, daß ein Beamter sich zu einer staatsfeindlichen Partei „bekennen“ könne, aber nicht in diesem Sinne sich betätigen dürfe.

Selbst wenn man zu der Ansicht kommen sollte, daß die Nationalsozialistische Partei die Änderung der heutigen Staatsform lediglich auf legalem Wege betriebe, würde die Einstellung eines in der Nationalsozialistischen Partei tätigen Beamten in eine leitende Stelle der Staatspolizei schwere Bedenken begegnen können. Sie sehen daraus meine große Besorgnis, daß die künftig beigelegte Meinungsverschiedenheit zwischen dem Reich und Thüringen neu aufleben könnte.“

Reichsminister Dr. Wirth erklärte, daß er abschließend zu der Angelegenheit keine Stellung nehmen könne, als eine Antwort von Staatsminister Baum noch nicht eingetroffen ist.

\* (Krib.-Tel.) Die Antwort des Staatsministers Baum auf den Brief des Reichsministers Dr. Wirth, in dem dieser Bedenken hinsichtlich der Organisation der thüringischen Polizei und hinsichtlich des vom thüringischen Staatsminister Dr. Frid empfohlenen Schulgebietes äußert, wird heute, Mittwoch, nach Berlin abgehen. Die Antwort ist, entsprechend dem rein privat gehaltenen Schreiben Dr. Wirths, ohne Kabinettsbeschluss wesentlich vom Staatsminister abgefaßt, und wurde, wie er versichert, durch die Vorgänge im Haushaltsausschuss des Reichstages, wo von Dr. Wirth und völkertreue Abgeordnete scharfe Kritik an Thüringen geübt worden ist, in keiner Weise beeinflusst. Der Wortlaut des Schreibens ist noch nicht bekannt.

### Der sächsische Landtag aufgelöst

Im Sächsischen Landtag fand Dienstag nachmittag die Abstimmung über die Auflösungsanträge statt. Für die Anträge wurden 50 Stimmen abgegeben, dagegen 46. Die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten haben geschlossen für die Auflösung gestimmt, während alle bürgerlichen Parteien die Anträge ablehnten. Landtagspräsident Weidel erklärte den Sächsischen Landtag auf Grund dieses Stimmenergebnisses für aufgelöst.

Die Neuwahlen in Sachsen finden am 22. Juni statt. Bis zur Wahl der neuen Regierung bleibt die Regierung Schied im Amt.

\* **Noch keine Entspannung in Bayern.** In der politischen Krise, die wegen der Wiberstände gegen die von der Regierung vorgeschlagene Schlachtsteuer zur Umkehrung des Defizits entstanden ist, ist bis jetzt noch keine Entspannung eingetreten. Der Bauernbund hält nach wie vor an seiner Auffassung fest, daß die Schlachtsteuer zur Umkehrung des Defizits im Interesse der Wirtschaft und der Verbraucher nicht durchgeführt werden könne.

**Verdoppelung der Grundvermögensteuer in Preußen.** Der Preussische Landtag nahm am Dienstag in zweiter Lesung die Erhöhung der staatlichen Grundvermögensteuer gemäß dem Antrag der Regierungsparteien (der eine Verdoppelung dieser Steuer bedeutet) mit 186 Stimmen der Antragsteller gegen 146 Stimmen der Opposition an. Die Änderungsanträge wurden sämtlich abgelehnt. Die dritte Lesung findet am Freitag statt.

### Verwendung deutschen Holzes

In dem kürzlich erschienenen Maiheft der Zeitschrift „Der Städtebau“ wird ein interessantes Rundschreiben, das der Präsident des Deutschen Städtebundes, Dr. Muler, an die Städte gerichtet hat, veröffentlicht. Es heißt darin: Von zentraler Stelle werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß dem deutschen Waldbesitz durch die starke Einfuhr ausländischen Holzes großer wirtschaftlicher Schaden entsteht. Teilweise ist das deutsche Holz zur Zeit überhaupt unverkäuflich. Hierunter leiden namentlich auch die zahlreichen waldbesitzenden Gemeindeverwaltungen, die gegen das Vorjahr mit einem erheblichen Minusüberschuß aus dem Holzverkauf rechnen müssen. Die Absatzschwierigkeiten des Holzes wirken sich auf dem Arbeitsmarkt aus; eine große Zahl von Wald- und Sägewerksarbeitern ist arbeitslos und fällt der Erwerbslosenfürsorge anheim. Die Etats der Städte werden so durch den Einnahmefall und durch die steigenden sozialen Lasten vielfach in Mitleidenhaft gezo-gen.

Der Absatz des deutschen Holzes läßt sich wesentlich heben, wenn bei den Bauten, die von Staats- und Kommunalverwaltungen ausgeführt werden, das deutsche Holz bevorzugt verwendet wird. Der Preussische Landtag hat daher vor einiger Zeit bereits den Beschluß gefaßt, daß bei Ausschreibung öffentlicher Bauten die Verwendung ausländischen Holzes nicht gefordert werden darf. Wir halten es ebenfalls für geboten, daß der Verwendung inländischen Holzes mehr als bisher Bedeutung geschenkt wird und bitten daher die Mitgliedstädte, bei der Vergabe von Bauaufträgen nach Möglichkeit vorzuschreiben, daß einheimisches Holz verwendet wird.

Verufung in die Historische Kommission des Reichsarchivs. Der Reichspräsident hat an Stelle des verstorbenen Geh. Regierungsrats Prof. Dr. Heubrich Universitätsprofessor Dr. Rothfels in Königsberg in Preußen zum Mitglied der Historischen Kommission für das Reichsarchiv für die Dauer von fünf Jahren berufen.

## Die Stuttgarter Binnenschiffahrtstagung

Der Mitteleuropäische Binnenschiffahrtstag, der dieser Tage unter dem Ehrenvorsitz des württembergischen Staatspräsidenten Dr. h. c. Holz in Stuttgart stattfand, schloß die Richtlinien für die zukünftigen Arbeiten des Mitteleuropäischen Binnenschiffahrtsverbandes in folgender Entschlie-ßung zusammen:

„Der Mitteleuropäische Binnenschiffahrtstag 1930 begrüßt auf das lebhafteste die Wiederaufnahme der mitteleuropäischen Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiet des Binnenschiffahrtsverkehrs und Wasserstraßenbaus. Er ist überzeugt, daß die Wirtschaft Mitteleuropas durch ihren Aufbau und Fortschritt einer leistungsfähigen Binnenschiffahrt und gut ausgebauter Wasserstraßenverbindungen dringend bedarf, und daß dieses Ziel durch vertrauensvolle Zusammenarbeit der in den Schiffahrts- und Kanalvereinen Mitteleuropas vereinigten Wirtschaftskreise fruchtbar gefördert werden kann. Er wünscht, durch den gegenseitigen Austausch der Erfahrungen auf Wasserbau- und schiffbautechnischem Gebiet und der Verkehrs- und Betriebsverfahren die wirtschaftlichen Grundlagen des Wasserstraßenverkehrs zu fördern und durch Unterstützung der Bestrebungen auf Vereinheitlichung des Rechts und der Statistik, insbesondere aber durch systematische Pflege und Förderung der Verkehrswissenschaft die Binnenschiffahrt in noch höherem Maß als bisher in den Dienst des wirtschaftlichen Aufbaus Mitteleuropas zu stellen.“

In der Entschlie-ßung wird ferner an die Parlamente und Regierungen der Verbandsstaaten — zur Zeit Deutschland, Österreich, Ungarn, Schweiz und Tschechoslowakei — das dringende Ersuchen gerichtet, den Bedürfnissen der Wirtschaft nach billigen Frachten durch möglichst umfassende Erschließung von Wassertransportmöglichkeiten gerecht zu werden.

## Badischer Teil

### Innenminister Wittmann in Heidelberg

Am Montag, den 19. Mai, nahm Minister Wittmann zum ersten Male an einer Landrätebesprechung des Landeskommissariatsbezirks Mannheim teil. Auf Einladung des Landeskommissars Hebling hatten sich die Landräte Unterbadens im Bezirksratsaal in Heidelberg versammelt.

In seinen Begrüßungsworten verbriefte der Landeskommissar namens der Landräte den Herrn Minister ihres Vertrauens und ihrer freudigen, dienstwilligen Mitarbeit, worauf der Minister unter Hervorhebung seiner langen Vertrautheit mit den Aufgaben der inneren Staatsverwaltung als Angeordneter wie als Präsident des Rechnungshofs erwiderte und den Wunsch kollegialer Zusammenarbeit mit den Verwaltungsbeamten teilte. Die Tagesordnung der Landrätebesprechung, an welcher der Minister sich rege beteiligte, enthielt verschiedene wichtige Fragen, wie das Verkehrsweisen und die Verkehrskontrolle, das Meldewesen und den Schutz des Landschafts- und Ortsbildes vor Verunstaltungen, die Vereinigung orts- und bezirkspolizeilicher Vorschriften usw.

Der Nachmittag war der Besichtigung der Polizei und ihrer Einrichtungen vorbehalten. Die uniformierte und nichtuniformierte Polizei hatte im Hofe der neuen Polizeiuferkunft Aufstellung genommen. Polizeidirektor Athesstaedt richtete namens der Heidelberg Polizei an den Herrn Minister herzliche Begrüßungsworte; er wies hierbei auf die Bedeutung hin, die in heutiger Zeit der Polizei als Säuterin der öffentlichen Ordnung und als Stütze der Autorität des Staates zukomme und schloß mit der Versicherung der Pflichterfüllung, Treue und Hingabe aller Polizeibeamten gegen Staat und Volk.

Minister Wittmann gab seiner Befriedigung über das Treugelöbnis der Heidelberger Polizei Ausdruck, und sprach eingehend über die Wichtigkeit der Polizei für ein geordnetes Staatswesen. Er schloß mit der Erklärung, daß er jederzeit gern für die Stellung und die beruflichen Interessen der Polizei eintreten werde. Es folgte hierauf eine Besichtigung der Unterkunfts- und sonstigen Einrichtungen der Polizeiuferkunft. Die Einigkeit gab praktische Vorführungen im geschlossenen Einsatz und in der Körperausbildung. Auch die alte Kaserne in der Seminarstraße und das Bezirksamtgebäude wurde von dem Herrn Minister besichtigt, wo auch der Erkennungsdiens der Polizeidirektion mit seinen modernen technischen Einrichtungen untergebracht ist.

Das Ergebnis des Tages fand die volle Billigung des Ministers.

## Badischer Landtag

### Der Ausschuh für Gesuche und Beschwerden

Beschäftigte sich mit einer großen Zahl von Gesuchen, die, soweit sie persönlicher Natur waren, meistens durch den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung erledigt werden mußten. Dabei hat sich wieder herausgestellt, daß in manchen Fällen die Arbeitskraft des Parlaments in unantwortlicher Weise in Anspruch genommen wird. Die Eingabe des Gemeindevorstands Donaueschingen wegen Schaffung eines neuen Bahnübergangs in Donaueschingen, soll angesichts der unhaltbaren Verkehrsverhältnisse der Regierung empfehlend überwiesen werden.

### Reichszentrale für Heimatdienst

Die Landesabteilung Baden der Reichszentrale für Heimatdienst veröffentlichte ihren Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1929/30. Im Winterhalbjahr 1929/30 wurden 88 Kurse und Tagungen abgehalten, die von rund 8400 Teilnehmern besucht waren. Der Bericht stellt fest, daß diese Veranstaltungen, in denen Vorträge über Außenpolitik, Innenpolitik, Wirtschaftspolitik, Finanz- und Sozialpolitik gehalten wurden, nicht nur einen bestimmten Kreis von Interessenten von Stadt und Land erfassen, sondern daß sie mancherorts das Interesse der weitesten Bevölkerung gemedt haben.

Außerdem wurde eine Reihe von Lichtbildvorträgen, und zwar 347 vor rund 30 000 Zuhörern veranstaltet. Ferner liefen bei der Landesabteilung 21 Meldungen über Vorträge ein, die von Vertrauensleuten und Mitarbeitern der Reichszentrale in einzelnen Organisationen vor etwa 1500 Personen gehalten worden sind. Außerdem veranstaltete die Landesabteilung im Benehmen mit der Leitung des Hauptvereinsorgans amtes Karlsruhe für dessen Beamten einen Vortragskurs mit 6 Vorträgen. Der Druckschriftenversand war wieder sehr lebhaft.

## Die Tabakzollfrage

In Weinheim (Verbstadt) fand kürzlich eine stark besuchte außerordentliche Tagung des Deutschen Tabakbauverbands statt. Die Vertreter der Tabakbauverbände der einzelnen tabakbaureichenden Länder Deutschlands waren sämtlich anwesend. Es wurde einmütig eine Entschlie-ßung gefaßt, in der die Wiederherstellung des im Jahre 1925 auf 80 M je Doppelzentner herabgesetzten Tabakzolls auf den früheren Zollsatz von 130 M gefordert wird, da die seit 1925 tatsächlich bezahlten Preise für Rohtabak weit hinter den staatlich anerkannten Erzeugungskosten zurückgeblieben seien und andererseits keine Gefundung der Tabakverwertung und somit die Wiederherstellung des Zollsatzes von 130 M je Doppelzentner sei die im Dezember 1929 beschlossene Erhöhung der Vollerwerbsteuer beim Pfeifentabak wieder fallen zu lassen oder zum mindesten stark herabzusetzen. Dabei sei die seit her gewährte Steuerbegünstigung für Rauchtabak (Feinschnitt) sowie die Preiszuschuß für Zigarrenherstellung, die sich beide gut bewährt haben, in vollem Umfang aufrechtzuerhalten. Es werde ferner festgestellt, daß die Erzeugungskosten gegenüber dem Jahre 1925 nicht unwesentlich gestiegen sind, so daß die bislang erzielten tatsächlichen Verkaufspreise für deutsche Roh-tabake nicht im entferntesten mit den Erzeugungskosten in Einklang zu bringen seien.

## Aus der badischen Industrie

Weitere Ausdehnung des Textilarbeiterstreiks. Nach einer Meldung der „Volksmacht“ ist im Wert Maulburg infolge des Streiks der Spulerrinnen und Zettlerinnen fast das gesamte Wert seit Montag zum Stillstand gekommen. Es arbeiten nur noch einige Jacquard- und Seidenweber. Die im Rotwerk noch beschäftigten Weber sind nun ebenfalls entlassen worden, so daß in Maulburg nun rund 400 Arbeiter und Arbeiterinnen sich im Ausstand befinden. In Auswirkung des Maulburger Streiks sind nun auch die Hauptbetriebe der Spinnerlei und Weberei seit Montag zum Stillstand gekommen. In der Weberei sind über 200, in der Spinnerlei amähernd 300 Arbeiter entlassen worden. Es dürften etwa 900 Textilarbeiter im Streik sich befinden.

## „Bad Wimpfen“

Der Bahnhof Wimpfen erhält ab 1. Juli 1930 die Bezeichnung „Bad Wimpfen“.

## Aus der Landeshauptstadt vom Welttreffen der Badener

Amerika und der „Badener Heimattag“ (11. bis 14. Juli) In der unmittelbar wirkenden Propaganda des Welttreffens der Badener bei den Auslandsbadenern und insbesondere in den Kreisen der Deutschamerikaner hat die Geschäftsstelle des „Badener Heimattages Karlsruhe 1930“ vor allen Dingen durch Werbevorträge in den einzelnen Badener Vereinen die besten Erfolge erzielt. Der persönliche Kontakt, der auf diese Weise mit den Vertretern der badischen und deutschen landmannschaftlichen Organisationen und deren Mitglieder durch die Vermittlung von badischen Journalisten und andere Landsleute seit Monaten geschaffen wurde, hat nicht nur eine Reihe von Anmeldungen, teilweise sogar von geschlossenen Vereinen, zur Folge gehabt, sondern auch nennenswerte finanzielle Zuweisungen ergeben. Durch Sammlungen in den Vereinen, und durch Spenden von Einzelpersonen kamen so einige Stiftungen zustande, die für das verhältnismäßig knappe Budget des Karlsruher Verkehrsvereins eine willkommene Unterstützung bedeuten.

Als einer der rühmlichsten badischen Landsleute, die sich mit Wärme und entsprechendem Erfolg für den Heimattag und die Veranstaltung des Heimattages einsetzten, ist Redakteur Max Gaas (New York), zu nennen, dessen intensive Werbearbeit bis jetzt mehrfach praktische Auswirkung hatte und dessen vorbildliche landmannschaftliche Gesinnung Anerkennung verdient. Seiner Vermittlung ist es auch zu verdanken, daß ein bedeutender badischer Landsmann, der bekannte Bankier Otto S. Kahn (New York), das Welttreffen der Badener mit gesteigertem Interesse verfolgt, die Veranstaltung erfreulicherweise unterstützt und nunmehr auch dem Ehrenaus-schuh des „Badener Heimattages“ beigetreten ist.

Wie bereits veröffentlicht wurde, finden schon zu Beginn des Monats Juni die ersten Überfahrten der Badener Vereine statt, die nach dem Besuch der bedeutendsten und schönsten Städte und Gegenden Deutschlands auch zum Welttreffen der Badener nach Karlsruhe kommen, oder die den Besuch der Bahreuther Festspiele und der Oberammergauer Passions-spiele mit der Teilnahme am Heimattreffen der Badener verbinden. Mehrere Badener Vereine aus New York, weitere landmannschaftliche Vereine aus Cincinnati, St. Louis, Rochester, Newark und Chicago haben ihre Teilnahme zugesagt, außerdem sind zahlreiche amerikanische Einzeltouristen zu erwarten. Die von der Geschäftsstelle des Heimattages ausgegebenen Fragebogen und Quartieranmeldungen laufen in befriedigender Weise ein, so daß die wichtige Angelegenheit der Unterbringung der Gäste wohl reibungslos erledigt werden kann.

\* Die deutsche Reichsregierung beim „Badener Heimattag“. In Würdigung der hohen Bedeutung des Welttreffens der Badener (11. bis 14. Juli) in heimatkultureller, landes- und reichspolitischer Hinsicht, hat sich die deutsche Reichsregierung erfreulicherweise entschlossen, zum „Badener Heimattag“ einen offiziellen Vertreter zu entsenden. Wie die Geschäftsstelle des „Badener Heimattages“ bekannt gibt, wird Reichswirtschaftsminister Robert Dietrich, der selbst ein Badener ist, in dieser Eigenschaft die Veranstaltung besuchen, und beim feierlichen Eröffnungabend Freitag, den 11. Juli, in der städtischen Festhalle, namens der Reichsregierung eine Ansprache halten. Auch am folgenden Tage übernimmt Reichsminister Dietrich bei der „Volkskutschung für das Deutschland im Ausland und in unseren verlorenen Kolonien“ die Festrede.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Als bald nach Beendigung des Krieges erreichte die Auswanderung einen erheblichen Umfang. Auch heute noch verlassen Landsleute in großer Zahl unsere Heimat. Hat sich der Auswandernde ein bestimmtes Ziel gesetzt, so mag dies immerhin noch angehen; wandert er aber auf eigene Faust in ein fremdes Land, so wird er manchen Schicksalstoch auszubahlen haben. Ein solches Erlebnis zeigt uns der Film „Die neue Heimat“. Diese in geschickter Weise aufgearbeitete Handlung führt uns vor Augen, mit welchen Wiberwärtigkeiten eine Emigrantenfamilie, die vor dem Weltkrieg nach Amerika ausgewandert ist, zu kämpfen hat. Trotz aller Unbill des Lebens bleibt die Kraft dieses Mannes als Haupt der Familie ungebrochen. Möchten alle Familienbater zu Ruh und Frommen ihrer Angehörigen so zuverlässig denken und handeln wie dieser Bauer Plegnis, der von dem Charakterdarsteller R. Schildkraut meisterhaft dargestellt wird. — Im Beiprogramm machen wir eine unterhaltende Reise: „Mit dem Klepperboot durch Tirol!“ Herrliche Landschaftsbilder aus dem Juntal, dazu das Leben und Treiben der Baddler lassen uns Freund werden mit diesem schönen Sport.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe.** Über den Nord- und Ostseeländern sind noch einige Tiefdruckreste erhalten geblieben, die den Eintritt durchgreifender Aufheiterung bei uns bisher verzögert haben. Mit baldiger Auffüllung der Störungen ist jedoch jetzt zu rechnen. — **Wetterausblick:** Zeitweise heiter, meist trocken und weiterhin etwas wärmer, schwache Luftbewegung, vereinzelte Gewitterbildungen.

**Gemeinderundschau**

**Bürgermeisterwahlen.** In Sachsenkur (Kreis Rosbach) wurde der seitherige aus seiner Tätigkeit im Badischen Landtag auch im Lande bekannte Bürgermeister Hertle mit 146 von 192 abgegebenen Stimmen das viertelmal zum Gemeindevorstand wiedergewählt. Hertle steht seit 27 Jahren an der Spitze unserer Gemeinde. — In Sedach wurde der seitherige Bürgermeister Baier mit 383 von 402 abgegebenen Stimmen auf neun Jahre wiedergewählt.

**Das Projekt des Lehenbergwasserwerks verschoben.** Aus Wiesloch wird gemeldet: Wie aus einer Mitteilung des badischen Finanzministeriums an die an dem Lehenbergwasserwerk beteiligten Gemeinden hervorgeht, kann der Staat vorerst keine Mittel zur Unterstützung dieses auf 700 000 M. veranschlagten Riesensprojekts bewilligen. Den Gemeinden wurde anheimgestellt, ihren Antrag nochmals im kommenden Jahre bei der Regierung einzureichen. Die Mitteilung weist auch darauf hin, daß der Bau des Lehenbergwasserwerks, das die Gemeinden Ralsch, Ralschenberg, Kettigheim, Nauenberg und Mühlhausen mit Wasser aus der Rheinebene versorgen soll, nicht in Angriff genommen werden dürfe, bevor die Finanzierung gesichert sei.

**Der Voranschlag des Kreises Freiburg für das Rechnungsjahr 1930** zeichnet an Einnahmen 1 033 000 M. und an Ausgaben 2 044 000 M., so daß sich ein ungedeckter Aufwand von rund 900 000 M. ergibt. Dieser soll durch die Kreissteuer aufgebracht werden, wozu der gleiche Steuerfuß wie im Vorjahre, nämlich 28 v. H. der Steuergrundbeiträge, ausreicht. Dieser Steuerfuß war aber nur möglich durch eine rüchsigkeitslose Drosselung der Ausgaben des Kreises auf allen Gebieten.

**Der Voranschlag der Stadtgemeinde Schopfheim für das Jahr 1930/31** enthält an Einnahmen 647 885 M., an Ausgaben 807 514 M. Der ungedeckte Aufwand von 159 629 M. wird durch eine entsprechende Umlage gedeckt.

**Die Eisenbahngartenstadt kommt zu Weil a. Rh.** Der Bürgerausschuß Weil a. Rh. stimmte am Montagabend dem Vertrag zwischen der Gemeinde Weil und der Reichsbahndirektion zu, wonach die Reichsbahn die ihr gehörende Gartenstadt mit 608 Wohnungen mit Schule, Elektrizitätsanlagen an die Stadtgemeinde zu bestimmten Bedingungen überträgt. — Ferner bewilligte der Bürgerausschuß für die Herstellung des Sportplatzes einen Nachtragkredit von 50 000 M.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

**Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 15** enthält eine Bekanntmachung des Ministers des Innern über die Schweinezählung am 2. Juni 1930 und Verordnungen des Ministers des Innern und des Justizministers zur Wänderung der Verordnung vom 13. Juni 1928 über Ausstellung von Vermögenszeugnissen; des Ministers der Finanzen über Rheinschifferpapente.

**Hd. Pforzheim, 21. Mai.** Geh. Kommerzienrat Hermann Wesell und seine Frau, Marie geb. Sand, feiern am Donnerstag ihre goldene Hochzeit. Geh. Kommerzienrat Wesell ist in den Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende im badischen Lande, vor allem durch seine beinahe 25jährige Tätigkeit in der Zweiten Kammer des Badischen Landtags bekannt geworden, wo er als nationalliberaler Landtagsabgeordneter sich vor allem der Förderung des Fach- und Gewerbeunterrichts widmete. In seiner Vaterstadt war er über 35 Jahre Stadtverordneter, davon 28 Jahre Obmann des Stadtverordnetenverbandes nach der damaligen badischen Städteordnung. Frau Wesell, Kommerzienrat Wesell hat sich vor allem auf dem Gebiete der Wohltätigkeit und der sozialen Fürsorge einen Namen gemacht.

**OB. Wehr, 20. Mai.** Seit Freitag ist der geheimnisvolle Eisener See zwischen Wehr und Eichen wieder aufgetreten und hat einen Tiefstand von über einen halben Meter. Da die Saatfrucht und das Gras schon ziemlich entwickelt war, wird durch das späte Auftreten des Sees den Landwirten erheblicher Schaden zugefügt.

**Hd. Straßburg, 20. Mai.** Der Durchbruch vom sog. Raubanbecken im Rheinhafen durch den Körper der früheren Rheinstraße ist erfolgt. Damit ist die Verbindung zwischen den alten Hafenanlagen und dem neuen Hafen hergestellt.

**Handel und Wirtschaft  
Berliner Devisennotierungen**

	21. Mai		20. Mai	
	Gold	Silber	Gold	Silber
Amsterdam 100 G.	168.30	168.64	168.29	168.63
Kopenhagen 100 Kr.	112.01	112.23	112.03	112.25
London . . . 100 £.	21.95	21.99	21.955	21.995
New York . . 1 D.	20.344	20.384	20.351	20.391
Paris . . . 100 Fr.	4.186	4.194	4.1875	4.1955
Schwiz . . . 100 Fr.	16.405	16.445	16.415	16.455
Wien 100 Schilling	80.96	81.12	80.945	81.105
Prag . . . 100 Kr.	59.045	59.165	59.045	59.165
Brat. . . 100 Kr.	12.413	12.433	12.416	12.436

**Zellstoffabrik Waldhof.** Für 1929 gelangt eine Dividende von 12 Proz. (i. B. 13 1/2%) zur Verteilung. Die Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember bezeichnet einschließlich des Gewinnvortrags von 376 685 (330 977) M. einen Überschuß auf Warenkonto und Ertrag aus Effekten mit 22 309 500 (23 734 852) M. Unkosten, Gehälter usw. erforderten 9 475 173 (10 554 179) M., Steuern und Umlagen 4 250 935 (4 897 036) M., Abschreibungen 3 566 026 (—) M., so daß sich ein Gewinn von 5 017 364 (8 283 637) M. ergibt, aus dem u. a. die Unterstufungskasse 150 000 M. erhält. Zum Vortrag gelangen 501 372 M. Die Bilanz bezeichnet im einzelnen unter den Aktiven: Liegenschaften 680 443 (842 248) M., Fabrikgrundstücke, Eisenbahn- und Kanalanlagen 1 937 470 (1 965 353) M., Gebäude, Maschinen, Apparate usw. 19 232 857 (22 863 867) M., Vorräte u. Waldungen 34 434 131 (31 901 441) M., Reichsmark, Debitoren 45 212 933 (31 835 442) M., Effekten und Beteiligungen 17 589 972 (10 890 694) M. Auf der anderen Seite ergibt sich ein Aktientkapital von 45 375 000 (34 675 000) M.

Weiter erscheint die Reserve mit 14 495 927 (10 486 868) M., Kreditoren mit 32 506 226 (23 633 714) M., Rückstellungen für Löhne usw. mit 4 883 750 (4 321 123) M. Die ordentliche Generalversammlung findet am 30. Mai in Mannheim statt.

**Gesellschaft für Spinnerei und Weberei, Ettlingen (Baden).** Der Geschäftsbericht für 1929 weist darauf hin, daß das Unternehmen wie im Vorjahre unter einer Tiefkonjunktur zu leiden hatte. Die Steuerlasten und sozialen Abgaben beanspruchten die Summe von rund 719 000 M. Der Verlustvortrag aus 1928 in Höhe von 259 400 M. hat sich um 114 593 Reichsmark auf 144 806 M. vermindert, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Die Bilanzsumme beträgt 12 893 923 M. Ende 1929 ist Generaldirektor Paul Liebmann, der dem Unternehmen 38 Jahre angehört, aus dem Vorstand der Gesellschaft ausgeschieden. Die Generalversammlung findet am Samstag, den 31. Mai, statt.

**Verfeinerung, Holzverföhlung — Deutsche Gold- und Silberverfeinerung.** Die Bilanzierung der Holzverföhlungsindustrie AG. in Konstanz findet am Freitag in Konstanz statt. Die Kurserückbildung der Aktien in letzter Zeit deutete auf eine Dividendenherabsetzung (i. B. 6 Proz.) hin. Ob eine solche tatsächlich beschlossen wird, soll jedoch noch fraglich sein. Die Kurserhöhung wird schließlich mit Gerüchten und Verlautbarungen über eine völlige Verfeinerung der Gesellschaft mit der Deutschen Gold- und Silberverfeinerung AG. in Frankfurt a. M. in Zusammenhang gebracht, die bereits eine qualifiziertere Minderheit der Aktie besitzt.

**Der Aktienindex.** Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924 = 100) stellt sich für die Woche vom 12.—17. Mai 1930 auf 121,5 gegenüber 121,2 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 119,2 (119,0), Gruppe verarbeitende Industrie auf 111,4 (111,1) und Gruppe Handel und Verkehr auf 141,0 (140,8).

**Staatsanzeiger**

**Losverkauf.**  
Der Deutschen Lotterie-Emissionsgesellschaft m. b. H. in Berlin wurde die Erlaubnis zum Losverkauf (Dombau-Lotterie) in Baden erteilt.  
Karlsruhe, den 16. Mai 1930.  
Der Minister des Innern.  
J. A. Schwarz

**Losverkauf.**  
Dem bayerischen Landesverein vom roten Kreuz wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.  
Karlsruhe, den 16. Mai 1930.  
Der Minister des Innern.  
J. A. Schwarz

Nach den Meldungen der Bezirksärzte waren am 15. Mai 1930 im Lande Baden beruht mit:

Rau- und Klauenseude:		Schweineseude und Schweinepest:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:	Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bretten	Ruit	Bretten	Münzgesheim
Mühl.	Gamssturt	Heidelberg	Heidelberg-Wieblingen, Mönchzell
Lörrach	Gallingen	Karlsruhe	Karlsruhe-Weiertheim
Mühlheim	Neuenburg	Mannheim	Mannheim-Feudenheim, Mannheim-Sandhofen, Mannheim-Mallstadt, Ebingen, Schwellingen, Sodenheim
Pforzheim	Königsbad	Rosbach	Reinlichheim
		Mühlheim	Obenweiler
		Offenburg	Oberamersbach
		Pforzheim	Eutingen
		Sinsheim	Ytzingen, Rohrbach, Schluchtern
		Zauberhofsheim	Geltingsheim, Gelsfeld, Oberlauda
		Waldshut	Dogern, Indelhofen, Unterlauchringen
		Wolfsch.	Gutach, Schapbach, Wolfsch.
		Werrheim	Sichel, Sachsenhausen
Räude der Einhufer:		Räude der Einhufer:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:	Amtsbezirke:	Gemeinden:
Ettlingen	Ettlingen	Ettlingen	Ettlingen
Karlsruhe	Staffort	Karlsruhe	Staffort
Rehl	Rehl	Rehl	Rehl
Wolfsch.	Mühlensbach	Wolfsch.	Mühlensbach

**Personeller Teil**

**Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten**

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern  
Zur Ruhe gesetzt:  
Verwaltungsoberrat Wilhelm Schlippbach beim Bezirksamt Pforzheim.

Ministerium des Kultus und Unterrichts  
Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:  
Ludwig Zwickel, Hausmeister, am Landestheater auf 1. September 1930.

Elegante Welt. Was nehmen Sie auf die Reise mit? Nur keinen unnötigen Ballast, aber doch eine vollständige Ausrüstung, damit Sie auch bei einer unvorhergesehenen Situation wegen des passenden Anzugs nicht in Verlegenheit kommen. Lassen Sie sich in der Wahl Ihres Reiseoutfits von der „Eleganten Welt“ beraten, deren Reiseausstattungs-Kommission Sie finden darin einen erschöpfenden, illustrierten Artikel, der sich mit der korrekten Reisebekleidung beschäftigt, und der Ihnen bis ins kleinste gehende, wertvolle Ratsschläge für Ihre Reisevorbereitungen und für Ihren Reiseaufenthalt gibt. (Verlag Dr. Seltz-Gröner AG. in Berlin.)

Gestern entschlief mein geliebter Mann, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager  
**Herr Amtsgerichtsrat Heinz Karlowa.**  
Im Namen sämtlicher Hinterbliebenen:  
Frau Sophie Luise Karlowa geb. Dedekim  
und Frau Geheimrat Karlowa geb. Leukart.  
Mannheim, den 20. Mai 1930. K.372  
Meerfeldstraße 70 II.  
Beisetzung: Donnerstag, 11 Uhr 30, Friedhofkapelle, Bergfriedhof, Heidelberg.

**Zwangsvorsteigerung.**  
III V T Nr. 17/30.  
Im Zwangswege versteigert das Notariat am Freitag, dem 11. Juli 1930, vormittags 8 1/2 Uhr, in seinen Diensträumen Kaiserstr. 184, 1. Stock, Zimmer 4, zum Zwecke der Aufhebung der Erbengemeinschaft das Grundstück der Erbengemeinschaft zwischen Elisabeth Auguste Marie Kleinschmidt, Note-Kreuz-Schwester in Kibelen bei Cannover und Genossen — Wilhelm Grimbo Erben —, der Gemarlung Karlsruhe, O.524  
Die Versteigerung wurde am 16. April 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Die Rechte, die am 16. April 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstands.  
Grundstücksbeschriftung:  
Grundbuch Karlsruhe, Band 313, Heft 18:  
Lgb. Nr. 3853 c: Hofreite und Hausgärten an der Kriegsstraße Nr. 105.  
Hofreite: 4 a 12 qm  
Hausgarten a: 0 a 88 qm  
Hausgarten b: 0 a 59 qm  
auf: 5 a 59 qm  
Auf der Hofreite steht:  
a) ein vierstöck. Wohnhaus, Eßhaus, mit Schienenkeller;  
b) ein dreistöck. Vorbau an a) in der Kriegsstraße;  
c) ein einstöck. Schuppen links hinten im Eck.  
Schätzung mit Zubehör: 85 280 M.  
Schätzung ohne Zubehör: 85 000 M.  
Karlsruhe, den 13. Mai 1930.  
Bad. Notariat III als Vollstreckungsgericht.

**Städtische Sparkasse Eppingen**  
(Öffentliche Sparkasse).  
Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen:	M	Verbindlichkeiten:	M
1. Kassenbestand . . . . .	11 652,55	1. Spareinlagen . . . . .	1 776 646,74
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Postscheckamt . . . . .	49 820,64	2. Aufwertungsreserveinlagen . . . . .	956 403,28
3. Wertpapiere . . . . .	42 600, —	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen . . . . .	32 394,05
4. Wechsel . . . . .	20 164,55	4. Sonstige Einlagen . . . . .	—
5. Darlehen a. Hypotheken 1 338 229, —		5. Anleihen- und andere Schulden . . . . .	—
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private . . . . .	—	6. Ausgaberrückstände . . . . .	—
7. Darlehen auf Scheckscheine . . . . .	296 662,03	7. Rücklagen . . . . .	—
8. Darlehen an Gemeinden 151 076,34		a) Reservefonds Ende 1928 . . . . .	88 987,49
9. Betriebskapital bei der Komm. Landesbank Mannheim . . . . .	52 400, —	b) Sonderrücklage . . . . .	—
10. Aufwertungsforderung. 826 819,56		8. Reingehörsinn vom Jahre 1929 . . . . .	39 416,22
11. Fehlbetrag zur Aufwertung . . . . .	14 849,79		
12. Einnahmerückstände . . . . .	38 291,79		
13. Grundstücke u. Gebäude . . . . .	1, —		
14. Gerätschaften . . . . .	1 280,42		
	<b>2 843 847,75</b>		<b>2 843 847,75</b>

**Berechnung der Rücklage:**  
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 1 809 040,76 M. Einlagen . . . . . 90 452,03 M.  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 . . . . . 78 403,71 „  
Somit weniger . . . . . 12 048,32 M.

Eppingen, den 30. April 1930.  
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Birtz.  
Der Geschäftsleiter: Müller.

Ö. 517

**Badisches Landes-Theater**  
Donnerstag, 22. Mai  
D. 25. (Donnerstagmiete)  
Th.-Gem. I. C.-Gr.  
**Brülle China**  
Ein Spiel von Tretiatow  
Regie: Baumback  
Mitwirkende:  
Ermarth, Frauendorfser, Genter, Quaiser, Rademacher, Schreiner, Ziegler, Janz, Kurr, Seiling, Baumback, Brand, Dahlen, Gernede, Graf, Herz, Hiert, Höcker, Hopf, Just, Kleebe, Kühne, Landgrebe, Mehnert, Müller, Brüder, Schulze, v. d. Erndt, Grimm, G. Kienfischer, Ruther.  
Anfang 19 1/2, Ende 21 1/2.  
Preise A 0,70 bis 5,26

Fr. 23. Mai: Der fidele Bauer. Sa. 24. Mai: Gastspiel Anneliese Born: X, Y, Z. So. 25. Mai: Die Fledermaus. Mo. 26. Mai: Marius.  
Ettlingen, O. 528  
Güterrechtsregisteramttrag Band II Seite 105:  
Hurtz, Johann Albert, Elektromeister in Ettlingen, und Krista Anna geb. Kummel. Vertrag vom 5. Mai 1930: Errungenschaftsgemeinschaft gemäß §§ 1519 ff. BGB. Das Einbringen der Ehefrau sowie alles Vermögen, was sie in Zukunft durch Erbschaft oder Schenkung erwirbt, wird als Vorbehaltsgut der Ehefrau erklärt.  
Ettlingen, 12. 5. 1930.  
Amtsgericht.

**Städtische Sparkasse Eppingen**  
**Wir werben für Sie!**